

Liestal, 24. September 2019/SID

## Stellungnahme

---

Vorstoss	Nr. <b>2019/368</b>
<b>Motion</b>	von Miriam Locher
Titel:	<b>Für eine Statistik im Bereich der LGBTIQ*-feindlichen Aggressionen</b>
<b>Antrag</b>	Motion als Postulat entgegennehmen

### 1. Begründung (nicht bei Entgegennahme)

Der Regierungsrat hat Verständnis für das Anliegen der Motionärin, einen besseren Überblick über LGBTIQ\*-feindliche Aggressionen zu erlangen. Eine Interpellation der BDP-Fraktion des Nationalrats vom 5. Mai 2015 betreffend Statistische Erfassung von 'hate crimes' aufgrund der sexuellen Orientierung" und die daraufhin getroffenen Abklärungen hatten allerdings gezeigt, dass eine gesonderte Erfassung in der nationalen polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden wäre und keine zuverlässige Darstellung der effektiven Lage liefern würde. Dies hängt insbesondere damit zusammen, dass die Motive solcher Taten meist erst nach Identifizierung und Befragung der Täterschaft möglich wären, dass die Klärung der sexuellen Orientierung von Opfern anlässlich einer Anzeigeerstattung einen sehr unangenehmen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte darstellen und die Speicherung von besonders schützenswerten Personendaten in Rapportierungssystemen erfordern würde und angesichts der doch vergleichsweise eher geringen Zahl solcher Taten der Erkenntnisgewinn im Verhältnis zum Aufwand gering ausfallen dürfte. Eine separate Erfassung und Ausweisung solcher Motive von Aggressionstaten in der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) wurde deshalb von den Kantonen grossmehrheitlich abgelehnt. An dieser Situation hat sich bis heute nichts geändert.

Da der Regierungsrat dennoch Verständnis für dieses Anliegen hat, ist er bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen und zu prüfen, mit welchen anderen Massnahmen in geeigneter Weise und mit verhältnismässigem Aufwand ein transparenteres Lagebild über LGBTIQ\*-feindliche Aggressionen im Kanton Basel-Landschaft erhoben werden kann und ob eine gezielte Sensibilisierung der Strafverfolgungsbehörden diesem Zweck dienlich sein könnte.